



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 7. Dezember 2021  
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

### **M 619 Motion Roth David und Mit. über Luzerns Positionierung zur globalen Mindeststeuer für Unternehmen / Finanzdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.  
David Roth hält an seiner Motion fest.

David Roth: Jetzt haben wir mit zwei Motionen die Chance zu definieren, wie wir unseren Kanton zukünftig positionieren wollen. Der Regierungsrat schreibt im zweitletzten Satz der Stellungnahme: «Eine umfassende Analyse samt der sich aufdrängenden gesetzlichen Massnahmen werden wir Ihrem Rat zu gegebener Zeit im Rahmen einer Botschaft unterbreiten.» Das entspricht meiner Forderung, deshalb verstehe ich nicht, weshalb die Regierung die Motion ablehnt. Ich nutze nun die Zeit, um zu erklären, was sich mit diesem Mindeststeuersatz zeigt. Dumping bei Steuern war und ist nicht ein nachhaltiges Geschäftsmodell. Wir können uns glücklich schätzen, dass es nicht allzu erfolgreich war, denn sonst hätten wir nun ein Problem. Nichtsdestotrotz sind zahlreiche Unternehmen im Kanton Luzern potenziell betroffen, 220 von der Mindeststeuer, 40 von der Besteuerung in den Marktstaaten. Es gibt nur schon betreffend die Fiskalpolitik Fragen zu beantworten. Mein zweiter Punkt geht über die Fiskalpolitik hinaus. Was können wir an weiteren Massnahmen tun? Wo können wir den Kanton Luzern sonst noch wirtschaftlich gut positionieren? Dies wäre die weiter gehende Analyse, die der Regierungsrat zu machen verspricht. Um es kurz zusammenzufassen: Wenn der Ratspräsident nachher sagt: «Wer der Motion zustimmt, stimmt mit Ja, wer sie ablehnt mit Nein», ist das Resultat das gleiche. Bei einem Ja muss die Regierung eine Botschaft vorlegen, in der sie eine Analyse und die davon abgeleiteten Massnahmen präsentiert. Bei einem Nein wird die Regierung eine Botschaft vorlegen, in der sie eine Analyse und die davon abgeleiteten Massnahmen präsentiert. Eigentlich stimmen Sie bei Ja und Nein dem Gleichen zu. Es wird hier eine Stilfrage gestellt: Ja bedeutete Sachpolitik, Nein bedeutet Parteipolitik.

Urban Frye: Eigentlich könnte man den Vorstoss wegen im Moment erfolgter Erfüllung abschreiben. Man könnte ihn aber auch in eine Anfrage umwandeln, und ich nehme an, dass der Finanzdirektor inzwischen die Antworten parat hat. Einiges davon wird in der Antwort auf die Anfrage A 682 von Daniel Piazza vorhanden sein. Oder man könnte die Motion überweisen, und ich gehe davon aus, dass der Finanzdirektor schon viel Vorarbeit geleistet hat, denn man muss bei diesem Thema die Chronologie anschauen. Am 21. Juni 2021 hat David Roth die Motion eingereicht, die Ablehnung des Regierungsrates kam am 21. September 2021, weil er die Daten noch nicht hatte. Am 7. Oktober 2021 hat aber die OECD, also 136 Länder von 140, genau diesen Mindeststeuersatz von 15 Prozent beschlossen für Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 750 Millionen Franken, und Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 20 Milliarden Franken müssen einen Teil der Steuern dort entrichten, wo sie diesen Umsatz generieren. Jetzt haben wir den 7. Dezember 2021, und ich gehe davon aus, dass sich die Finanzdirektion in diesen zwei

Monaten Gedanken gemacht hat. Wir haben noch die Motion M 694 von Yvonne Hunkeler, die eine Überprüfung des Finanzleitbildes fordert. Wir unterstützen das auch. Wir können uns dann wieder zoffen, wenn dieses vorhanden ist, aber wir brauchen die neuen Grundlagen und Vorschläge. In diesem Sinn unterstützen wir die Motion von David Roth und gehen davon aus, dass ein grosser Teil der Arbeit bereits geleistet wurde.

Ursula Berset: Ich spreche auch gerade zur Anfrage A 682 von Daniel Piazza. Die Einschätzung von David Roth, dass die aktuelle Steuerstrategie ein Misserfolg ist, teilen wir nicht. Wir haben die Strategie in der Vergangenheit auch immer mitgetragen. Trotzdem begrüssen wir die Entwicklung auf globaler Ebene, eine Mindeststeuer für Unternehmen einzuführen. Aus unserer Sicht ist das eine gute Entwicklung in Richtung Transparenz und Steuergerechtigkeit. Ein System, bei dem es möglich ist und es sich lohnt, auf buchhalterischem Weg Finanzflüsse in Steueroasen umzuleiten, ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll. Ja, mit dem globalen Mindeststeuersatz muss sich der Kanton Luzern wie alle anderen auch neu positionieren. Sehr tiefe Unternehmenssteuern zu haben, genügt nicht mehr. Aber wenn wir ehrlich sind, ist der Fokus auf tiefe Steuern sowieso ein Auslaufmodell. Die GLP ist der Ansicht, dass unabhängig von der Steuerbelastung schon jetzt ganz andere Faktoren wesentlich zur Attraktivität des Kantons beitragen können, und dieses Potenzial sollten wir im Kanton Luzern auch schon heute ausnutzen. Ich denke da an eine moderne Mobilitätsinfrastruktur, eine innovative, digitale Verwaltung, an familienfreundliche Strukturen, ein qualitatives Kulturangebot und nicht zuletzt auch an intakte Erholungsräume. Unserer Meinung nach genügen heute die Anstrengungen auf Bundesebene. Der Kanton Luzern ist sich der Thematik bewusst. Es ist aus unserer Sicht nicht nötig, für den Kanton Luzern jetzt schon eine eigene Haltung zu entwickeln. Was den «Swiss Finish» anbelangt, den Daniel Piazza angesprochen hat, so wird es sich noch zeigen, welche Instrumente zur Diskussion stehen. Wir werden unsere parteipolitischen Überlegungen zu gegebener Zeit auf Bundesebene einbringen. Die GLP-Fraktion wird aus diesen Gründen die Motion ablehnen.

Daniel Keller: Im Zusammenhang mit der Positionierung des Kantons Luzern zur von der OECD geplanten Mindeststeuer verlangt David Roth einen Planungsbericht. Ein solches Papier ist mit Sicherheit für alle Fraktionen von grossem Interesse und bereits in Vorbereitung. Die Forderung kommt aber zu früh, denn die entscheidenden Informationen fehlen noch, um eine saubere Auslegeordnung machen zu können, erste Schlüsse zu ziehen und allfällige Massnahmen zu planen. Folgerichtig lehnt die Regierung einen Planungsbericht ohne Planungssicherheit ab. Aus diesem Grund sieht auch die SVP-Fraktion keinen konkreten Handlungsbedarf und lehnt die Motion ab.

André Marti: Der Motionär David Roth befasst sich mit einem Thema, das für uns alle immer wieder wichtig ist, nämlich mit der Attraktivität unseres Landes als Wirtschaftsstandort. Hier sind alle Staatsebenen gefordert, sich fit zu halten. Nur mit einem attraktiven Wirtschaftsstandort haben wir eine gute Basis für unseren Wohlstand, Sicherheit und Fortschritt in unserem Land. Nur mit der Wertschöpfung gesunder und erfolgreicher Unternehmen haben wir die Basis, unsere staatlichen Aufgaben zu erfüllen. Die Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes – und davon sprechen wir – ändern sich laufend. Einmal kommt eine Veränderung von uns selbst, manchmal aus den Märkten, manchmal von technologischen Fortschritten, und ab und zu kommt diese regulatorische Änderung von aussen, wie gerade jetzt mit der Einführung der globalen Mindeststeuer. Es ist richtig und wichtig, dass angeschaut wird, was diese Mindeststeuer für die Schweiz und den Kanton Luzern bedeutet. Vorteile daraus müssen wir gezielt nutzen, Nachteile mit den Mitteln kompensieren, die uns zur Verfügung stehen. Die nationale Politik und die Bundesverwaltung arbeiten daran, und der Kanton Luzern muss zu gegebener Zeit reagieren. Der von David Roth geforderte Planungsbericht macht jetzt keinen Sinn. Der Grossteil des Handlungsbedarfes liegt beim Bund. In welchen Bereichen Handlungsbedarf beim Kanton entsteht, ist noch nicht ganz klar. Die Regierung schlägt vor, zu gegebener Zeit direkt mit einer Botschaft und konkreten Vorschlägen in den Kantonsrat zu kommen. Das ist zielführend und effizient. Diskutieren wir dann, wie wir den Wirtschaftsstandort Luzern weiter stärken können. Man muss diese Arbeit aber früher oder später machen, aus dieser Sicht

hätte man die Motion teilweise erheblich erklären können oder wegen Erfüllung ablehnen. Aber die Motion fordert explizit einen Planungsbericht, und deshalb unterstützt die FDP die Ablehnung.

Yvonne Hunkeler: David Roth fordert einen Planungsbericht über die Luzerner Positionierung zur globalen Mindeststeuer für Unternehmen. Die Regierung lehnt dies ab, und die Mitte findet dies richtig. Wir wollen uns auch mit der Positionierung der Luzerner Steuerpolitik für Unternehmen auseinandersetzen. Es ist wichtig, dass die Unternehmen hören und spüren, in welche Richtung die Reise geht, und dass sich der Kanton Luzern vor allem damit auseinandersetzt, wo es Spielräume gibt und wo man den Kanton Luzern für Unternehmen attraktiv halten kann. Daniel Piazza hat mit seiner Anfrage A 682 über den Mindeststeuersatz und die Auswirkungen des Druckes der G7 und der OECD auf den Kanton Luzern erste Fragen zu diesem Thema gestellt. Eine umfassende finanzpolitische Analyse unter Berücksichtigung der steuerlichen Aspekte für den Kanton Luzern hat uns der Regierungsrat in der Antwort auf die Anfrage A 682 und in der Stellungnahme zu meiner Motion M 694 versprochen. Darin wird ein umfassendes Bild über die finanzpolitische Positionierung inklusive der Auseinandersetzung mit der steuerlichen Positionierung für juristische und natürliche Personen gefordert. Diese wollen wir auch erhalten. Wir möchten ein Gesamtbild haben. Es ist also nicht nur eine Frage des Zeitpunktes, der für einen solchen Planungsbericht zu früh ist, sondern es geht auch darum, dass wir zuerst eine Gesamtschau über verschiedene finanzpolitische Themen brauchen. Darum warten wir auf diese Motion und wollen nicht einen Teilbereich in einem Planungsbericht abbilden lassen. Die Mitte-Fraktion lehnt die Motion von David Roth ab.

Armin Hartmann: Es gibt etwas, das David Roth allenfalls richtig erkannt hat, nämlich dass die Folgen der globalen Mindestbesteuerung dazu führen können, dass sich der Wettbewerb plötzlich auf etwas völlig anderes verlagert. Es ist davon auszugehen, dass das in Zukunft nicht mehr die Gewinnsteuer sein wird, sondern vielleicht die Vermögenssteuer oder etwas anderes. Es wird aber immer noch die Besteuerung sein. Anders als gewisse Vorredner bin ich ganz klar der Meinung, dass der Steuerwettbewerb etwas Gutes ist. Er führt dazu, dass die Steuern nicht ins Unermessliche steigen. Er führt dazu, dass die Besteuerung von der Bevölkerung anerkannt und das ganze System in unserer Demokratie mitgetragen wird. Ich beurteile an diesem Vorstoss das Instrument des Planungsberichtes als falsch. Grundsätzlich ist ein Planungsbericht ein Foto. In einem Planungsbericht legt die Regierung dar, wie sie etwas in einem Bereich in ihrer Kompetenz sieht. Die Besteuerung und das Steuergesetz liegen ganz klar in unserer Kompetenz, der Kantonsrat entscheidet über das Steuergesetz. Das ist so und muss auch so bleiben. Für Gesetzesrevisionen haben wir einen anderen Prozess mit Vernehmlassung und zwei Beratungen in unserem Rat. Damit die Regierung die Risiken darlegen kann, haben wir andere Instrumente, nämlich langfristig die Kantonsstrategie, mittelfristig das Legislaturprogramm und kurzfristig den jährlichen Aufgaben- und Finanzplan (AFP) und den Jahresbericht. Darin legt die Regierung ganz klar dar, wie sie die Risiken einschätzt. Diese Frage wird sicher im nächsten Bericht wieder neu beurteilt, und wir können uns dann dazu äussern. Selbst wenn man einen solchen Planungsbericht machen wollte, sähe dieser wohl komisch aus, wenn er über alle Leistungen gehen würde. Das gäbe einen enorm grossen Bericht, und das ist nicht sachgerecht. Wir unterstützen die Regierung in ihrem Vorgehen. Es braucht keine Sondermassnahmen, und der Vorstoss ist darum abzulehnen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Motion fordert, dass die Thematik der Minimalbesteuerung für Unternehmen zügig angegangen und ein entsprechender Planungsbericht erarbeitet werden soll, in dem umfangreiche Analysen aufgezeigt werden. Die Grundlage für ein entsprechendes Handeln fehlt nach wie vor. Das Einzige, was die OECD weiss, ist, bis wann sie die Mindestbesteuerung einführen will. Inhaltlich sind dermassen zahlreiche Fragen noch offen, dass eine seriöse Auseinandersetzung nicht möglich ist, zumal der Kanton Luzern das natürlich nicht allein umsetzen wird, da sind wir von nationalen Entscheidungen abhängig. Ich muss Kantonsrat David Roth deshalb enttäuschen. Es ist keine Stilfrage, es ist eine

Zeitfrage und eine Frage zum Vorgehen. Es wäre das erste Mal, dass Sie eine Motion für etwas erarbeiten, das die Regierung sowieso tun muss. Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen.  
Der Rat lehnt die Motion mit 74 zu 31 Stimmen ab.